



Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens
Karl-Heinz Lambertz, Ministerpräsident
Minister für lokale Behörden



Herrn Lucien Weiler
Vorsitzender des Interregionalen
Parlamentarierrates
23 rue du Marché-aux-Herbes

L - 1728 LUXEMBOURG

Eupen, den 26.6.2009

Ihr Zeichen:

Unser Zeichen: KHL/MP/SSL-IPR2008

Ihr Ansprechpartner ist Myriam Pelzer, myriam.pelzer@dgov.be, 0032 87 596 314

Empfehlungen des IPR

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat zu den Empfehlungen des Interregionalen Parlamentarierrates von Mai 2009, die Sie mir zugesandt haben, eine Stellungnahme abgegeben. Ich darf Ihnen anbei die entsprechenden Dokumente zusenden.

Wir versichern Ihnen, dass wir die Anliegen des Interregionalen Parlamentarierrates auch in Zukunft mit Aufmerksamkeit verfolgen werden.

Mit freundlichen Grüßen

Karl-Heinz Lambertz
Ministerpräsident

Stellungnahme der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Empfehlung vom 15. Mai 2009

Weiterer Ausbau der Mosel als moderner Wasserstraße für den Schiffsverkehr der Zukunft

Aufgrund der Tatsache, dass die Mosel nicht auf dem Gebiet der Deutschsprachigen Gemeinschaft liegt und auch sonst keinerlei Schifffahrt auf Gewässern der Deutschsprachigen Gemeinschaft stattfindet, ist die Regierung nicht von den in der Empfehlung angesprochenen Themen des Flussverkehrs betroffen. Die Politik der Wasserwege fällt zudem nicht in den Zuständigkeitsbereich der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Von einer Stellungnahme wird aus diesem Grunde abgesehen. Prinzipiell begrüßt die Regierung Maßnahmen zur Förderung der Mobilität in der Großregion und zum Erhalt der damit verbundenen Arbeitsplätze.

Nutzung Erneuerbarer Energien in der Großregion

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft unterstützt die Bemühungen einer stärkeren Verbreitung von erneuerbaren Energien.

In Zusammenhang mit dem Thema "Erfahrungen über die Anwendung von Sonnenenergie und Energieeffizienz im Gebäudebereich sammeln und die Prinzipien der ökologischen Bauweise aufwerten" weist sie auf ein geplantes Impulszentrum im Süden der Gemeinschaft hin. Hier sollen Erfahrungen systematisch gesammelt und ausgewertet werden. Das Impulszentrum wird zurzeit auf seine Durchführbarkeit im Rahmen eines Interreg-Projekts geprüft und soll im Bereich erneuerbare Energien, Holz und Bauen aktiv werden.

Was die Kooperation im Bereich Forschung und Entwicklung, insbesondere durch die Gründung eines Clusters Universitäten, Forschungszentren, KMU im Bereich Ökotechnologien betrifft, wird die Regierung in Kürze die Wirtschaftsförderungsgesellschaft Ostbelgien damit beauftragen, ostbelgische Unternehmen in den Cluster einzubinden.

Die Regierung unterstützt ebenfalls die Sicherung des Holzsektors und die Förderung der beträchtlichen Potentiale zur Produktion und Vermarktung von Holzhackschnitzeln. In diesem Bereich wird die Regierung ebenfalls Initiativen ergreifen.

Einführung eines Interreg-Projektes im Bereich des Verkehrswesens

Die vom WSAGR begonnenen und durch mittlerweile zwei Verkehrskonferenzen untermauerten Arbeiten im Bereich des Verkehrswesens werden von der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft unterstützt.

Das in der Empfehlung erwähnte Interreg-Projekt wurde bisher nicht auf der Tagesordnung der Entscheidungsinstanzen gesetzt. Da die Deutschsprachige Gemeinschaft nicht für die Verkehrspolitik zuständig ist, ist sie nicht als direkter Partner in das Projekt eingebunden.

Von einer Stellungnahme wird aus diesem Grunde abgesehen. Prinzipiell begrüßt die Regierung Maßnahmen zur Förderung der Mobilität in der Großregion und zum Erhalt der damit verbundenen Arbeitsplätze.

Harmonisierung der Lehrlingsausbildung zwischen Belgien und Luxemburg

Der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft sind die in der vorliegenden Empfehlung angesprochenen Probleme der Mobilität auf dem Ausbildungsmarkt bekannt. Bereits zum jetzigen Zeitpunkt besuchen Lehrlinge mit regulärem Ausbildungsvertrag in einem Betrieb im Großherzogtum Luxemburg Kurse an den Zentren für Aus- und Weiterbildung (ZAWM) im Mittelstand in Eupen oder St.Vith (z.B. Speditionskaufleute).

Grundsätzlich sollte die Mobilität von Lehrlingen zwischen dem Großherzogtum Luxemburg und der Deutschsprachigen Gemeinschaft strukturiert, unter Achtung geltenden nationalen Ausbildungsrechts und nach dem Prinzip der territorialen Zuständigkeit einer jeden vertragsgebenden Einrichtung für die in den Betrieben ihres Zuständigkeitsbereiches erteilten Ausbildungen stattfinden.

Zu diesem Zweck sollte eine klare Regelung gefunden werden, in der der betriebliche Ausbildungsteil durch die am Ort des Betriebes zuständige und vertragsgebende Stelle nach dem dort geltenden Ausbildungs- und Arbeitsrecht geregelt wird (z.B. Handwerkskammern bzw. IAWM) und der berufsschulische Ausbildungsteil den zur Prüfungsteilnahme und Zertifizierung notwendigen Bestimmungen am Berufschulstandort entspricht.

Aus diesem Grunde unterstützt die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft die vorliegende Empfehlung des IPR. Erste Kontakte zwischen den zuständigen Partnern sind bereits aufgenommen worden und werden in Zukunft weiter ausgebaut, um eine Lösung der Probleme herbeizuführen.

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der Beruflichen Bildung in der Großregion

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft begrüßt die Empfehlung des IPR zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in der Beruflichen Bildung in der Großregion, die sich in das gleiche Handlungsfeld wie das der Empfehlung zur "Harmonisierung der Lehrlingsausbildung zwischen Belgien und Luxemburg" einbindet.

Die Regierung unterstützt die Förderung der Mehrsprachigkeit ebenso wie die Zusammenarbeit der Ausbildungseinrichtungen.

In diesem Rahmen werden die bestehenden Kontakte in Zukunft weiter vertieft und neue Zusammenarbeitsmöglichkeiten erörtert.

Grenzüberschreitender polizeilichen Opferschutz in der Großregion

Schutz und Hilfe für Opfer von Kriminalität und Verkehrsunfällen ist in der Großregion ein wichtiger, integraler Bestandteil der polizeilichen Aufgaben.

Anhand der in der Empfehlung vorgebrachten Argumente wird deutlich, dass der polizeiliche Opferschutz weiterhin vorrangig und aktiv gefördert werden sollte. Zu diesem Zweck unterstützt die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft den weiteren Ausbau der bisherigen engen Zusammenarbeit der Polizeidienste in der Großregion.

Diese grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen den Opferbetreuungsdiensten und Notfallhilfen sollte unbürokratischer gestaltet werden und möglichst auf direktem Wege ausführbar sein. Unter anderem wird seitens der Fachkräfte ein Handlungsbedarf im Bereich der Information für Opfer (grenzüberschreitende Informationskampagnen, Faltblätter usw.) gesehen.